# **STADT SANKT AUGUSTIN**

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 1 / Fachbereich 1 - Ordnung

# Sitzungsvorlage

Datum: 17.01.2014

Drucksache Nr.: 14/0024

\_\_\_\_\_\_

Beratungsfolge Sitzungstermin Behandlung

Integrationsrat 11.02.2014 öffentlich / Vorberatung Rat 19.02.2014 öffentlich / Entscheidung

#### **Betreff**

Änderung der Wahlordnung zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Sankt Augustin

## Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderungen der Wahlordnung zur Wahl des Integrationsrates werden gemäß vorliegender Fassung (Anlage 2) beschlossen.

### Sachverhalt / Begründung:

Seit 2009 sind gemäß der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) Integrationsräte und -ausschüsse zugelassen. Diesem Gremium, das zur Beratung des Rates und seiner Ausschüsse dient, müssen Ratsmitglieder als auch direkt gewählte Mitglieder angehören.

Die rechtliche Grundlage für die Wahl eines Integrationsrates ergibt sich aus § 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Zur Fortentwicklung dieses Gremiums wurden durch das "Gesetz zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften", welches der Landtag am 18.12.2013 beschlossen hat, diverse Änderungen an dieser rechtlichen Grundlage vorgenommen. Diese sind in der beigefügten Synopse des § 27 GO NRW (Anlage 1) aufgeführt.

Die Änderungen des § 27 GO NRW sind in die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Sankt Augustin aufzunehmen und können der zweiten beigefügten Synopse (Anlage 2) entnommen werden.

ln '	Vertre	etung
Ma	ırcus	Lübken
Re	iaeor	dneter

Die ⊠ □	Maßnahme hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral hat finanzielle Auswirkungen		
Der auf	Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) €	beziffert/be	eziffern sich
	Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan	zur Verfügi	ung.
	Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung vo □über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich. □über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich		tionen).
	Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt len. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.	sind	€bereit zu